

# Wahlprüfstein DIE LINKE

---

**Katholische Landvolk Bewegung  
Okenstraße 15  
79108 Freiburg**

Grüne Gentechnik

## **DIE LINKE zu Agro-Gentechnik**

---

### **1. Was gedenken Sie auf politischer Ebene zu tun, um konventionell und biologisch anbauende Bauern sowie die Verbraucher vor den nicht abschätzbaren Risiken der Grünen Gentechnik zu schützen? Wie wollen Sie verhindern, dass unsere Schöpfung in die Hände von multinationalen Konzernen gelangt?**

DIE LINKE lehnt die Agro-Gentechnik ab. Sie widerspricht dem Umwelt- und Verbraucherschutz, ist teuer, nutzlos und vertieft Abhängigkeiten. Wir unterstützen gentechnikfreie Regionen und Initiativen, nationale Anbauverbote, niedrige Kennzeichnungsschwellen, die so genannte Nulltoleranz und ein Umlenken der Forschungsmittel weg von der Agro-Gentechnik hin zum Ausbau angewandter Forschung, die sich mit den drängenden Themen Globalisierung, Klimawandel und Sicherung der Welternährung befasst.

Die Patentierung von Lebewesen ist grundsätzlich abzulehnen. Nicht nur ethische Gründe sprechen dagegen, dass ein Konzern eine Art oder ein Gen erfunden haben will und die Vermarktungsrechte dafür erhält. Genetische Informationen werden entdeckt, nicht erfunden. Auch die Unabhängigkeit der weltweiten Landwirtschaft ist durch die Konzerninteressen von Monsanto & Co. und den Aufbau von Monopolen massiv bedroht. Mit der Agro-Gentechnik erhält die privatrechtliche Verwertung von Patenten auf Lebewesen im ausschließlichen Gewinninteresse von Konzernen eine neue Dimension. DIE LINKE spricht sich daher gegen jegliche Patentierung von Leben aus. Die EU-Biopatentrichtlinie, welche ursprünglich einige dieser Schutzgüter sichern sollte, hat sich als nur begrenzt wirksam erwiesen und muss dementsprechend geändert werden, um damit alle Schlupflöcher („im wesentlichen biologisch“, etc.) zu stopfen. Des Weiteren sind Tierpatente und gentechnische Eingriffe in das Erbgut von landwirtschaftlichen Nutztieren zur unnatürlichen Leistungssteigerung durch eine geeignete EU-Gesetzgebung zu verbieten.

Das aktuelle internationale Patentrecht hat verheerende Wirkung auf Landwirtschaft und Ernährung. Das wirkt sich besonders in den Ländern der so genannten Dritten Welt aus. Gemeinsam mit der Agro-Gentechnik entfaltet das Patentrecht eine Durchsetzungskraft für internationale Agrarkonzerne, welche ihnen die Kontrolle über die Lebensmittelkette und damit unsere Ernährung ermöglicht.

Politisch muss neben der europäischen vor allem auf internationaler Ebene gearbeitet werden. Wie benötigen eine Revision des TRIPS-Abkommens der WTO (Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum), um Patente auf Saatgut und landwirtschaftliche Nutztiere verbieten zu können. Des Weiteren sind internationale Open-Source-Systeme für die Pflanzen- und Tierzucht notwendig.

**2. Was gedenken Sie auf politischer Ebene zu tun, damit Bauernfamilien, die unter täglich hohem Einsatz hochwertige Produkte erzeugen, ein Einkommen erzielen können, das ihnen langfristig ein Auskommen ermöglicht? Welche politischen Strategien verfolgen Sie, um auch in der Landwirtschaft dauerhaft Arbeitsplätze zu sichern? Dies auch in Betrieben, die sich in Regionen befinden, die aufgrund der Besonderheiten des Naturraumes als benachteiligt zu sehen sind, wie es beispielsweise in Südbaden der Fall ist.**

Politisches Ziel der LINKEN ist, dass ein Großteil des Einkommens aus landwirtschaftlicher Arbeit über die erzielten Preise gewonnen wird. Dieses geht angesichts der Probleme, die mit der Globalisierung verbunden sind, am besten mit einer Verstärkung der Regionalisierung und die Stärkung der Primärerzeugung in der Wertschöpfungskette. Ob Nahrungsmittel, Energie oder nachwachsende Rohstoffe: die Dezentralität der Landwirtschaft und ihre Ortsgebundenheit in Verbindung mit den Standortpotentialen lässt sich nicht wegdiskutieren. Regionalität und ökologische Qualität wird aus Sicht der Verbraucherinnen und Verbraucher zu einem immer wichtigeren Kriterium für den Konsum. Dieser Trend ist bereits heute bundesweit wahrnehmbar, ihn gilt es in der Agrarpolitik zu stärken. Das bedeutet, stärkere Anreize für regionale Vermarktungsprogramme zu setzen, die Unterstützung der geplanten EU- Kennzeichnung für geschützten geografischen Ursprung und regionalisierte Ansätze in der Energieerzeugung der erneuerbaren Energie. Wir werden früher oder später die Transporte weder ökologisch noch finanziell verantworten können. Die Anteile am Gewinn landwirtschaftlicher Unternehmen aus den Direktzahlungen der EU liegen heute zwischen 45% bis zu über 100%. Angesichts der Entwicklungen der Erzeugerpreise ist kaum vorstellbar, dass auf diese Zahlungen verzichtet werden kann ohne eine soziale Katastrophe in den ländlichen Räumen anzurichten. Die LINKE setzt sich daher für ein Beibehalten der ersten Säule der EU – Agrarpolitik mit den betrieblichen Direktzahlungen ein. Diese müssen aber stärker als bisher auf soziale und ökologische Leistungen ausgerichtet werden, auch mit dem Ziel, sie gesellschaftlich rechtfertigen zu können.

In Verbindung mit einer Sicherung der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete, die sich auch in Zukunft von der heutigen Gebietskulisse nicht unterscheiden darf, und einem Ausbau der Programme für die Entwicklung ländlicher Räume muss es aus Sicht der LINKEN gelingen, den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Sicherung der Daseinsvorsorge auch in peripheren, strukturschwachen Gebieten zu leisten. Ein wesentlicher Punkt dabei ist die Erhöhung des Anteils von Fördermitteln, die auf dem Land lebenden Frauen zugute kommt. Sie sind bei der Nutzung der Subventionen aus den Agrarhaushalten von EU, Bund und Ländern stark unterrepräsentiert, obwohl die Abwanderung gerade junger Frauen aus den Dörfern und kleinen Städten ein zunehmendes Problem darstellt, dass die demographischen Wandel zusätzlich dynamisiert. Deshalb muss hier endlich gegengesteuert werden, auch bezüglich öffentlicher Kinderbetreuung.